

Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission.

Bundesausschuss der CDU Deutschlands
am 16. Juni in Berlin

Antrag M 01: Datenfreiheitskommission

Antragsteller/in:	Thomas Jarzombek (Bundesvorstand · Nr. B023), Franziska Hoppermann (Bundesvorstand · Nr. B022), Julia Klöckner (Bundesvorstand · Nr. B026), Johannes Winkel (JU · Nr. V154), Nadine Schön (Saar · Nr. D136), Jens Spahn (Bundesvorstand · Nr. B041)
Status:	Votum der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Überweisung an den Generalsekretär mit der Bitte, aufbauend auf den Ergebnissen der FK „Humane Digitalisierung“ ein Arbeitsgespräch v.a. mit den EU-, Bundes- und Landesfachpolitikern zu führen.
Sachgebiet:	M - Initiativanträge zu Sachthemen

Der Bundesausschuss möge beschließen:

- 1 Die CDU Deutschlands setzt eine Datenfreiheitskommission ein mit dem Ziel, den
- 2 aktuellen Rechtsrahmen und insbesondere die Struktur der Aufsicht und
- 3 Rechtsdurchsetzung beim Datenschutz kritisch zu analysieren und Vorschläge zu
- 4 erarbeiten, wie die Menschen und Unternehmen in Deutschland besser von der Nutzung
- 5 von Daten profitieren können bei gleichzeitiger Sicherstellung eines
- 6 nachvollziehbaren und verlässlichen Datenschutzes. In dieser Kommission sollen EU-,
- 7 Bundes- und Landesebene eingebunden werden sowie Experten und der cnetz e.V.

Antrag M 02: Deutliche Kürzungen GRW

Antragsteller/in:	Sven Schulze (Bundesvorstand · Nr. B040), Manfred Pentz (Hessen · Nr. D087), Christina Stumpp (Bundesvorstand · Nr. B044), Carsten Müller (Braunschweig · Nr. D067), Dr. Markus Pieper (Nordrhein-Westfalen · Nr. D098), Mario Czaja (Bundesvorstand · Nr. B002)
Status:	Votum der AK liegt vor
Empfehlung der Antragskommission:	Annahme in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Initiativanträge zu Sachthemen
Zusammenfassung der Änderungen:	Titel: (Änderungsempfehlung) - Ersetzung

Der Bundesausschuss möge beschließen:

Geänderter Titel:

~~Deutliche~~ Nein zu deutlichen Kürzungen GRW

- 1 Das BMF beabsichtigt deutliche Kürzungen auch beim Investitionsförderprogramm
- 2 „Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). In
- 3 Rede stehen Kürzungen von 300 Mio. Euro.
- 4 Der Bundesausschuss fordert die Bundesregierung auf, die GRW in avisiertem Umfang
- 5 weiterzuführen und eine nachhaltige Wirtschaftsförderung in Deutschland
- 6 sicherzustellen und so die weitere Entwicklung vor allem des ostdeutschen
- 7 Wirtschaftsstandortes zu ermöglichen und die Angleichung der Lebensverhältnisse in
- 8 Deutschland zu gewährleisten.